

*Medienmitteilung vom 10. September 2009*

## **FDP-Fraktion: Eine energiegeladene Diskussion**

Die FDP-Kantonsratsfraktion hat sich der Vorlage zum kantonalen Energiegesetz und den Kommissionsanträgen im Vorfeld der Session von nächster Woche genau angenommen. Die Stossrichtung sei richtig, und es ist ein längst überfälliges Gesetz, sagte Rolf Bolting (Schwyz) an der Fraktionssitzung. Und um Fördergelder vom Bund zu bekommen, sei ein Energiegesetz sowieso unabdingbar. Genau hier liegt auch im Kanton Schwyz ein hohes Potential für investitionswillige Bauherren und Gebäudesanierer. Durch die Anpassung der zweckgebundenen CO<sup>2</sup>-Abgaben kann der Bund künftig jährlich 200 Mio. Franken ausschütten. Ein Drittel davon – immerhin 66 Mio. – gehen direkt an die Kantone. Die FDP des Kantons Schwyz, die seit zwei Jahren ein viel beachtetes Forum für Wirtschaft und Umwelt organisiert und in diesem Bereich ein hohes wirtschaftliches Potential sieht, wird nicht zuletzt deshalb geschlossen für Eintreten stimmen.

### **Eigenverantwortung kommt zu kurz**

Kantonsrat Martin Michel aus Lachen brachte es auf den Punkt: «Wir haben heute ein grösstenteils akzeptables Energiegesetz vorliegen. Wenn wir dieses jetzt nicht mit den zu diskutierenden Anpassungen vors Volk bringen, strafen wir uns selber. Andernfalls werden uns nämlich in absehbarer Zeit die Einschränkungen komplett vom Bund diktiert oder sogar mit einer unliebsamen Initiative aufgezwungen.» Für Rolf Bolting wiederum ist klar, dass die FDP im Rat wohl das Zünglein an der Waage spielen wird. «Wenn man die aktuellen Positionen der Parteien betrachtet, so wird die FDP Mehrheitsbeschafferin sein. Die Verantwortung diesbezüglich ist also gross.» Doch die Krux an der Vorlage wird wie immer in der Detailberatung sichtbar. So ist nach Meinung von Kuno Kennel (Arth) zu viel Gesetz und zu wenig Eigenverantwortung in der Vorlage: «Grundsätzlich fehlt es an der Ethik des Bürgers. Ansonsten wäre ein solches Gesetz gar nicht nötig.» Aber so lange die Energiepreise – vor allem jene der Elektrizität – derart tief sind, seien sowohl Unternehmer wie auch Private zu wenig motiviert, in energieeffiziente Gebäude, Fahrzeuge und Stromverbraucher zu investieren. Deshalb ist ein Energiegesetz unverzichtbar. Die FDP-Fraktion sagt also Ja zum Energiegesetz und den Basismodulen. Die Fraktion wird sich aber gleichzeitig in einigen Punkten gegen die Vorlagen der Regierung und auch gegen einige

Anträge der Kommission wehren. Ob die Session entsprechend energiegeladen sein wird, wird sich am nächsten Mittwoch zeigen.

### **Kein Totengräber des Stoos**

Der Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Anpassung des Grundangebotes des regionalen, öffentlichen Verkehrs hat es in sich. Im Grundsatz geht es faktisch um die Rettung des Stoos. Da der Tourismus- und Wohnort weniger als die in der aktuellen Regelung vorgeschriebenen 300 Einwohner zählt, geht es um die von der Regierung beschlossene Senkung auf 100 Einwohner. So würden Investitionsbeiträge auch von Seiten des Bundes für Erschliessungsanlagen möglich. Kantonsrat Bruno Sigrist (Schindellegi) ist sich der Brisanz bewusst, appelliert aber zu Gunsten des Stoos. «Hier herrscht ein überregionales und touristisch wichtiges Anliegen. Wenn wir Parlamentarier nicht dem Regierungsentscheid folgen, werden wir zum Totengräber des Stoos und dies darf nicht sein.» Gleich von mehreren Kantonsräten wurde der Regierungsrat und im Spezifischen das Baudepartement scharf kritisiert. Das im Jahr 2006 beschlossene Grundangebot bereits wieder zu revidieren, ist taktisch wie auch politisch schlecht. «Hier handelt es sich um einen ordnungspolitischen Sündenfall und jetzt müssen wir halt in den sauren Apfel beißen», zog schliesslich Kantonsrat Kuno Kennel (Arth) Fazit. Die FDP-Fraktion ist deshalb einstimmig für Annahme.

### **FDP-Engagement mit Erfolg belohnt**

Mit dem von der FDP-Fraktion unter der Leitung von Petra Gössi (Küssnacht) eingereichten Postulat betreffend der Einführung eines Alarmsystems bei Kindesentführung haben die Liberalen einiges erreicht. Inzwischen läuft die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, dem Bund und Partnern wie der SRG, Telefonanbietern, Transportunternehmen, etc. für die Ausarbeitung eines nationalen Entführungs-Alarmsystem nach ausländischem Vorbild. Aus diesem Grund ist Petra Gössi einverstanden, das Postulat als erfüllt abzuschreiben. «Wir haben mit unserem Vorstoss die nötigen Signale gesetzt.»

Text: Roger Bürgler